



N i e d e r s c h r i f t
über die 75. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
am 9. Februar 2022
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Landwirtschaftliche Betriebe erhalten - (Teil-)Umstiege aus der Schweinehaltung auf andere landwirtschaftliche Alternativen fördern**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8546](#)
Fortsetzung der Beratung und weiteres Verfahren 5

2. **Flexibilisierung für Neuansiedlungen und bestehende Einzelhandelsunternehmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung unserer ländlichen Räume**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/8497](#)
Fortsetzung der Beratung 7
Beschluss 7

3. **Mehr Bio in Kantinen und Mensen - Schulmensen zu Lernorten entwickeln**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/10580](#)
Verfahrensfragen 9

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Hermann Grupe (FDP), Vorsitzender
2. Abg. Jörn Domeier (SPD), Teilnahme per Videokonferenztechnik
3. Abg. Thordies Hanisch (SPD)
4. Abg. Karl Heinz Hausmann (SPD)
5. Abg. Kerstin Liebelt (SPD)
6. Abg. Karin Logemann (SPD)
7. Abg. Helmut Dammann-Tamke (CDU)
8. Abg. Uwe Dorendorf (CDU)
9. Abg. Christoph Eilers (CDU)
10. Abg. Anette Meyer zu Strohen (CDU), Teilnahme per Videokonferenztechnik
11. Abg. Dr. Marco Mohrmann (CDU)
12. Abg. Miriam Staudte (GRÜNE)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13.33 Uhr bis 13.52 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:*Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigte die Niederschriften über die 73. und die 74. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

**Landwirtschaftliche Betriebe erhalten -
(Teil-)Umstiege aus der Schweinehaltung auf
andere landwirtschaftliche Alternativen för-
dern**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
[Drs. 18/8546](#)

direkt überwiesen am 16.02.2021

federführend: AfELuV;

*mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39
Abs. 2 Satz 2 GO LT: AfHuF*

Der Ausschuss hatte sich zuletzt in seiner 67. Sitzung am 23. Juni 2021 mit dem Antrag befasst und die abschließende Behandlung zurückgestellt, nachdem seitens der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU ein Änderungsantrag/Änderungsvorschlag zu dem Antrag der Fraktion der Grünen angekündigt worden war.

Fortsetzung der Beratung und weiteres Verfahren

Abg. **Helmut Dammann-Tamke** (CDU) wies darauf hin, dass sich der Änderungsantrag/Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen zu dem Antrag der Fraktion der Grünen derzeit in der Endabstimmung befinde und in Kürze vorgelegt werde.

Der **Ausschuss** stellte daraufhin die weitere Behandlung des Antrages der Fraktion der Grünen zurück.

Er verständigte sich einvernehmlich darauf, eine mündliche Anhörung zu dem Antrag der Fraktion der Grünen und zu dem angekündigten Änderungsantrag/Änderungsvorschlag durchzuführen.

Außerdem kam er überein, dass von den Fraktionen der SPD und der CDU jeweils zwei Anzuhörende sowie von den Fraktionen der GRÜNEN und der FDP jeweils eine Anzuhörende bzw. ein Anzuhörender benannt werden.

Vorbehaltlich der Terminplanung für die anstehenden Beratungen zur Novellierung des Niedersächsischen Jagdgesetzes nahm der Ausschuss als Termin für die Anhörung den 20. April und den 4. Mai 2022 in Aussicht.

Tagesordnungspunkt 2:

Flexibilisierung für Neuansiedlungen und bestehende Einzelhandelsunternehmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung unserer ländlichen Räume

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/8497](#)

*erste Beratung: 100. Plenarsitzung am
19.02.2021
AfELuV*

Der Ausschuss hatte sich zuletzt in seiner 70. Sitzung am 22. September 2021 mit dem Antrag befasst und in jener Sitzung eine mündliche Anhörung durchgeführt.

In seiner 65. Sitzung am 5. Mai 2021 hatte der Ausschuss eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegengenommen.

Fortsetzung der Beratung

Abg. **Thordies Hanisch** (SPD) merkte an, sowohl die Unterrichtung durch die Landesregierung als auch die Anhörung hätten gezeigt, dass mit dem Antrag ein wichtiges Thema angesprochen werde, das aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden müsse.

Ihres Erachtens, so die Abgeordnete, könne nicht davon ausgegangen werden, dass dort, wo von Wirtschaftsunternehmen kein Einzelhandel mehr betrieben werde, Einzelhandelsgeschäfte zur Versorgung einzelner Dörfer im ländlichen Raum immer auf ehrenamtlicher Basis nach dem Motto „dann richten die Bürgerinnen und Bürger einen Laden ein“ betrieben werden könnten. Ein solches ehrenamtliches Engagement sei zwar zu begrüßen, aber nicht immer und überall möglich.

Deswegen gebe es im ländlichen Raum Lücken, die in den Blick genommen werden müssten. Der Antrag der Koalitionsfraktionen enthalte Prüfaufträge an die Landesregierung, und sicherlich sei es nicht schädlich, wenn sich die Landesregierung mit der Problematik vertieft auseinandersetze.

Die Koalitionsfraktionen legten Wert darauf, dass der Ausschuss die Beratungen des Antrages in seiner heutigen Sitzung abschließen.

Eine weitere Aussprache ergab sich nicht.

Beschluss

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

Tagesordnungspunkt 3:

Mehr Bio in Kantinen und Mensen - Schulumensen zu Lernorten entwickeln

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/10580](#)

erste Beratung: 129. Plenarsitzung am 28.01.2022

*federführend: AfELuV;
mitberatend: KultA*

Verfahrensfragen

Abg. **Miriam Staudte** (GRÜNE) verwies auf die erste Beratung des Antrages in der 129. Plenarsitzung, in der von allen Seiten zum Ausdruck gebracht worden sei, dass in dem Antrag ein wichtiges Thema angesprochen werde.

Die Abgeordnete schlug vor, vor einer inhaltlichen Beratung des Antrages zunächst eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen und im Anschluss daran eine Anhörung durchzuführen.

Die Landesregierung sollte gebeten werden, in der Unterrichtung sowohl aus der Sicht des Landwirtschaftsministeriums als auch aus der Sicht des Kultusministeriums auf den Antrag einzugehen.

Möglicherweise böten sich für die Unterrichtung und die Anhörung auch gemeinsame Sitzungen mit dem mitberatenden Kultusausschuss an, so die Abgeordnete.

Nach kurzer weiterer Aussprache bat der **Ausschuss** die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Antrag der Fraktion der Grünen.

Er legte Wert darauf, dass bei der Unterrichtung Vertreterinnen bzw. Vertreter des Landwirtschaftsministeriums sowie des Kultusministeriums zugegen sind.

Außerdem sprach er sich dafür aus, die Unterrichtung in einer gemeinsamen Sitzung mit dem mitberatenden Kultusausschuss entgegenzunehmen.

Abg. **Helmut Dammann-Tamke** (CDU) merkte an, wenn die Forderungen aus dem Antrag der Fraktion der Grünen umgesetzt werden sollten,

werde dies dazu führen, dass an vielen Schulen in erheblichem Umfang - beispielsweise in die Einrichtung von Lehrküchen - investiert werden müsse.

Vor diesem Hintergrund bitte er darum, dass die Landesregierung im Rahmen der Unterrichtung auch auf die Frage eingehe, inwieweit die Landesregierung bei der Umsetzung der Forderungen des Antrages Herausforderungen im Hinblick auf das Konnexitätsprinzip sehe.

Abg. **Miriam Staudte** (GRÜNE) bat darum, in der Unterrichtung auch darzustellen, wie viele Schulumensen es in Niedersachsen bereits gibt und in wie vielen Fällen es sich bei diesen Mensen um reine Speisesäle handelt und in wie vielen Fällen Küchen bzw. Lehrküchen angegliedert sind.

Abg. **Helmut Dammann-Tamke** (CDU) bat darum, dass die Landesregierung im Rahmen der ohnehin erforderlichen Recherchen auch der Frage nachgeht, inwieweit die Mensen von regionalen oder überregionalen Caterern beliefert werden. Aus dieser Information ließen sich sicherlich in gewissem Umfang Rückschlüsse darauf ziehen, ob die Speisen, die in den Mensen angeboten würden, dem entsprächen, was sich der Ausschuss unter gesunder und ausgewogener Ernährung vorstelle.

Abg. **Kerstin Liebelt** (SPD) gab zu bedenken, dass die entsprechenden Recherchen sicherlich mit einem erheblichen Arbeits- und Zeitaufwand verbunden wären.

Abg. **Miriam Staudte** (GRÜNE) meinte, sofern die Recherchen bis zu der Sitzung, in der die Unterrichtung stattfinden werde, nicht abgeschlossen seien, spreche sicherlich nichts dagegen, die entsprechenden Informationen nachzuliefern.
